

Nr. XIX. GP-NR
272 /J
1994 -12- 2 2

ANFRAGE

des Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Arbeitsloseninitiativen und deren Forderungen

Viele arbeitslose MitbürgerInnen, insbesondere arbeitssuchende Menschen, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, fühlen sich immer mehr diskriminiert und als Menschen zweiter Klasse. Aus diesem Umstand heraus haben sich diese in Arbeitsloseninitiativen zusammengeschlossen um gemeinsam auf ihre Probleme aufmerksam zu machen und um das schiefe Erscheinungsbild von Arbeitssuchenden in der Öffentlichkeit geradezurücken - bisher allerdings ohne Erfolg.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Sind Ihnen die Arbeitsloseninitiativen V.A.L.I. - Vereinigte Arbeitslosen-Initiative und der Verein der Arbeitssuchenden über 45 "Zum alten Eisen" bekannt?
Wenn ja, sind Sie bereit, diese Organisationen zu unterstützen und in welcher Form?
Sind Sie grundsätzlich bereit, sich für die in den nachstehenden Fragen erwähnten Anliegen und Forderungen der Arbeitsloseninitiativen einzusetzen?
Wenn nein, warum nicht?
2. Die jetzt noch geübte Praxis, daß NotstandshilfebezieherInnen - ungeachtet vorhandener Qualifikationen - jede zugewiesene Tätigkeit ausüben müssen, ist eine Vergeudung wertvoller menschlicher Ressourcen und somit auch volkswirtschaftlich schädlich. Sind Sie bereit, der Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung von Recht auf zumut- und leistbare Arbeit für alle, entsprechend den Qualifikationen nachzukommen?
Wenn ja, wann könnte das geschehen?
Wenn nein, warum nicht?

3. Sind Sie bereit, der Forderung nach einer kompromißlosen Exekutierung arbeitsrechtlich bestehender Gesetze, da diese von vielen Unternehmen nicht im genügenden Ausmaß beachtet werden, nachzukommen sowie die Aufstockung der Beschäftigten im Arbeitsinspektorat, vermehrte Kontrollen durch ebendiese und eine strenge Bestrafung festgestellter Verstöße gegen arbeitsrechtliche Vorschriften durchzusetzen, die Arbeitsinspektorate auch mit der Exekution bestehender Gesetze zu beauftragen und Unternehmen, die öfters gegen arbeitsrechtliche Vorschriften verstoßen, von öffentlichen Aufträgen ganz auszuschließen?
Wenn ja, wann und in welcher Form könnte dies geschehen?
Wenn nein, warum nicht?
4. Sind Sie bereit, sich für die Einführung der gesetzlichen Meldepflicht - wie in Schweden - aller offenen Stellen beim Arbeitsmarktservice oder den künftig dafür zuständigen offiziellen Stellen einzusetzen, weil dies wesentlich die Effizienz der staatlichen Arbeitsmarktverwaltung verbessern würde und auch der Wirtschaft den Vorteil brächte, BewerberInnen aus einem größeren Kreis auswählen zu können?
Wenn ja, wann könnte dies geschehen?
Wenn nein, warum nicht?
5. Sind Sie bereit, sich für eine personelle Verstärkung und umfassendere Schulung der BetreuerInnen beim Arbeitsmarktservice, wodurch dem gesetzlichen Auftrag der Betreuung wirklich nachgekommen werden könnte, und die Installierung besonders geschulter Betreuungsgruppen für ältere Arbeitslose und intensive Weiterbildungsmöglichkeiten für arbeitslose SchulabgängerInnen einzusetzen?
Wenn ja, wann könnte dies geschehen?
Wenn nein, warum nicht?
6. Können Sie sich die Einführung eines gesetzlichen Brutto-Mindestlohnes von 14.000,- Schilling für alle arbeitenden Menschen (Generalkollektivabschluß durch den ÖGB), eines Mindestbetrages von 9.000,- Schilling für Arbeitslosengeld- und NotstandshilfebezieherInnen sowie eine jährliche Anpassung der Mindestgehälter und -löhne, Mindestbezüge beim Arbeitslosengeld, bei der Notstandshilfe und aller rechtmäßigen Zulagen an den Lebenskostenindex (unter Berücksichtigung der jeweiligen Wohnkosten) und eine Anpassung bzw. Novellierung der steuerpflichtigen Untergrenzen vorstellen?
Wenn ja, wann werden Sie entsprechende Maßnahmen für eine menschenwürdige Existenz setzen, bzw. sich für jene Bereiche, die nicht auf gesetzlicher Ebene realisiert werden, einsetzen?
Wenn nein, warum nicht?

7. Der Privatkonkurs in seiner jetzigen Form bietet keine realistischen Lösungen für Menschen an, die wegen Verlust des Arbeitsplatzes ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Können Sie sich die Einrichtung einer - den staatlichen Garantien für exportierte Waren ähnlichen - Zentralstelle (Bank) vorstellen, über die die Betroffenen ihre Geldgeschäfte und erträgliche Rückzahlungen abwickeln könnten und bei der die Mitgliedschaft für die Betroffenen verbindlich wäre?
Wenn ja, sehen Sie in Ihrem Kompetenzbereich Möglichkeiten zur Unterstützung dieses Anliegens oder Kooperationen mit anderen Ministerien?
Wenn nein, warum nicht?
8. Sind Sie bereit, der Forderung nach einer sofortigen Einführung der 35-Stunden Woche und der Forderung nach einer höheren Besteuerung von Unternehmen, die - über die arbeitszeitgesetzlichen Bestimmungen hinaus - von ihren MitarbeiterInnen regelmäßig Überstunden verlangen und einkalkulieren sowie der gesetzlichen Verpflichtung zur Veröffentlichung jährlicher Überstundenbilanzen nachzukommen?
Wenn ja, wann könnten entsprechende Bestimmungen in Kraft treten?
Wenn nein, warum nicht?
9. Für viele Arbeitslose und -suchende ist es unverständlich, daß über deren Leben und Lebensbedingungen von Personen entschieden wird, denen oft der reale Bezug zur echten Lebenssituation der Betroffenen fehlt. Sind Sie bereit, sich für eine offizielle Anerkennung einer Vertretung für Arbeitslose, die Aufnahme dieser Vertretung als gleichberechtigte Teilorganisation in die zuständigen Gremien und Vereine mit gleichrangigem Sitz-, Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht einzusetzen?
Wenn ja, wann werden Sie entsprechende Maßnahmen setzen?
Wenn nein, warum nicht?
10. Sind Sie bereit, sich für eine Auszahlung des Arbeitslosengeldes - analog der Regelung bei den Pensionsauszahlungen - am jeweils ersten Tag des Monats einzusetzen und damit einer Forderung der Arbeitsloseninitiativen zu entsprechen?
Wenn ja, ab wann könnte eine entsprechende Regelung in Kraft treten?
Wenn nein, warum nicht?